Geniessen Sie stilvolle Gartenmöbel & Grills!
GardenLiving
FURNITURE & BBQ
Gufenhaldenweg 4, 8708 Männedorf
Tel. 044 790 42 35/076 573 22 75
www.gardenliving.ch/info@gardenliving.ch
Offen: Di.–Fr. 10–12/14.00–18.30 Uhr
Sa. 10.00–16.00 Uhr

Freitag, 16. Mai 2014 | Nr. 20 | 56. Jahrgang

AZA
CH-8820 Wädenswil
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: Stutz Druck, Postfach 465, 8820

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

ZUR EIDGENÖSSISCHEN VOLKSABSTIMMUNG

Berufsverbot für Pädokriminelle – eine Klarstellung

Am Sonntag, 18. Mai, stimmen wir ab über die Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen». Wird ein Straftäter aufgrund eines Sexualdelikts mit Kindern oder abhängigen Personen (z. B. Behinderten) verurteilt, soll er das Recht verlieren, eine berufliche oder ehrenamtliche Tätigkeit mit Minderjährigen oder Abhängigen auszuüben. Dies will die vorliegende Initiative – und nichts anderes.

Gregor A. Rutz
Nationalrat und
Vizepräsident
SVP Kanton Zürich
Zürich

Mit einer beispiellosen Verwirrungstaktik versuchen das Justizdepartement und das gegnerische Komitee die Abstimmungsdiskussion durcheinanderzubringen. Darum ist es wichtig, Klarheit zu schaffen.

Die Initiative ist verhältnismässig

Dass die Pädophilen-Initiative das «Ende der Justiz» sei, wie Bundesrätin Sommaruga formulierte, ist Unsinn. Die Initiative schränkt das richterliche Ermessen bezüglich der Strafurteile nicht ein. Die einzige Änderung: Bei einer Verurteilung wegen eines Sexualdelikts mit Kindern oder Abhängigen muss obligatorisch ein Berufsverbot verhängt werden – also eine Massnahme, welche Wiederholungstaten verhindern soll. Das Berufsverbot beschränkt sich einzig auf Tätigkeiten mit Kindern oder Abhängigen – alle anderen Berufe stehen den Straftätern nach wie vor offen.

Andere Länder gehen mit Pädokriminellen viel strenger um. Die obligatorische Anordnung des Berufsverbots kennen viele Länder. In Deutschland bestimmt zudem das Sozialgesetzbuch, dass für Aufgaben in der Kinder- und Jugendhilfe keine Personen beschäftigt oder vermittelt werden dürfen, die wegen bestimmter Taten (insbesondere Sexualstraftaten) verurteilt worden sind.

Pädophilie ist nicht heilbar: Wer pädophil ist, bleibt es. Darum ist es wichtig, dass die betreffenden Straftäter nicht mehr in die Nähe von Kindern gelangen und so in Kontakt mit potentiellen Opfern kommen – sei es im Beruf oder in der Freizeit. Pädophile Sexualstraftäter, welche an Schulen, Behinderteninstitutionen oder in Sportvereinen arbeiten, sind eine permanente Gefahr. Dieses Risiko lässt sich nur durch ein lebenslanges Berufs- und Tätigkeitsverbot bannen.

Jugendlieben sind nicht betroffen

Die Behauptungen des gegnerischen Komitees betr. Jugendlieben sind falsch: Diese sind vom Berufsverbot nicht erfasst. Die Initiative zielt auf Straftäter, die sich an Kindern oder Abhängigen vergehen. Dies hat das Initiativkomitee immer betont, und diese Zielsetzung teilten auch im Parlament alle Parteien und der Bundesrat. Im Ausführungsgesetz können die entsprechenden Bestimmungen präzisiert werden, soweit dies nötig ist.

Heute gilt ein gesetzliches Schutzalter von 16 Jahren. Hierzu gibt es verschiedene Ausnahmeregelungen: Das Strafrecht gesteht dem Richter einen gewissen Ermessensspielraum zu. Jugendlieben (bis 20 Jahre) werden bereits durch das geltende Gesetz nicht unter Strafe gestellt. Wenn ein 17-Jähriger eine 14-jährige Freundin hat, ist dies nicht strafbar (Altersunterschied von nur 3 Jahren). Ist ein 22-Jähriger in einer Beziehung mit einer 17-Jährigen, ist dies ebenfalls nicht strafbar (über dem Schutzalter). Auch für den 19-jährigen jungen Mann, der einvernehmlich eine 15-jährige Freundin hat, gibt es eine Ausnahmeregelung (Altersunterschied von 4 Jahren, aber unter 20 Jahre alt). Damit sind all diese Fälle auch nicht vom Berufsverbot erfasst.

Für Sportvereine entstehen keine zusätzlichen Aufwände

Die Befürchtungen der Verbände, sie würden mit einem unverhältnismässigen bürokratischen Aufwand konfrontiert, sind unberechtigt. Diese Fragen betreffen auch gar nicht die Initiative, sondern das Gesetz, welches im Januar 2015 in Kraft tritt.

Dieses schafft einen speziellen Strafregisterauszug für Vereine, welcher Auskunft darüber gibt, ob gegen eine Person ein Tätigkeits-, ein Kontakt- oder ein Rayonverbot vorliegt. Gerade in Sportvereinen, Schulen oder Kindergärten ist der Schutz vor Pädophilen wichtig. Umso unverständlicher, dass es in diesem Bereich Organisationen gibt, welche die Initiative ablehnen.

Die Initiative ist wichtig, um unsere Kinder besser vor Pädophilen zu schützen. Der Schutz der Kinder muss Vorrang haben vor den Anliegen verurteilter Straftäter.

Parolen zur Volksabstimmung vom 18. Mai 2014

SVP des Kantons Zürich

An die Urnen

EIDGENÖSSISCHE VORLAGEN

1. Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin»)	NEIN
2. Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen»	JA
3. Volksinitiative «Für den Schutz fairer Löhne» (Mindestlohn-Initiative)	NEIN
4. Bundesgesetz über den Fonds zur Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen (Gripen-Fonds-Gesetz)	JA

KANTONALE VORLAGEN

1. Kantonale Volksinitiative «Weniger Steuern fürs Gewerbe» (Kirchensteuer-Initiative)	JA
2. Kantonale Volksinitiative «Keine Werbung für alkoholische Getränke auf Sportplätzen sowie an Sportveranstaltungen im Kanton Zürich»	NEIN

Haushaltservice
Ihri Entlaschtig im Hushalt
Schwiizer Frauä machäd für Sie
dä Hushalt und hälfäd bi Bedarf
idä Chuchi, im Gartä
oder uf äm Hof.
Maschinenring
Maschinenring Zürich
Neuwiesenstrasse 5, 8630 Rüti
Tel.: 055 251 41 41 / Mail: personal@maschinenring.ch
www.maschinenring-zh.ch / www.facebook.com/mrzuerich

MECACRYL
PLEXIGLAS
aus Pfäffikon ZH
für Industrie, Gewerbe und privat
• Top-Zuschnittservice
• Plexiglas-Handwerk
• Thermoverformung
MECACRYL GmbH
H. Hablützel
Plexiglas und Kunststoffverarbeitung
Witzbergstrasse 23, 8330 Pfäffikon ZH
Tel. 043 288 60 50, Fax 043 288 60 51
info@mecacryl.ch, www.mecacryl.ch

CCG
Event-Technik

CCG-Mietpark
Bramenstrasse 8
8184 Bachenbülach
Tel. +41 (0)44 307 11 55
www.ccg.ch

Damit Sie wieder hören, was in Bundesbern läuft!
Dietikon HörCenter
Bahnhofstrasse 12, 8953 Dietikon
Telefon 043 322 55 66
Öffnungszeiten: Mo - Fr: 09.15 - 12 / 13 - 17.30
Jetzt anmelden für Gratis-Hörtest
Neuste Hörgeräte
Persönliche und individuelle Beratung durch Akustiker mit eidg. Fachausweis

Christoph Mörgeli

Die Geschichte als Lehrmeisterin

Dies ist die Geschichte eines kleinen Landes mit wenigen Millionen Einwohnern. Die Bürger haben sich durch Fleiss, Sparsamkeit und Tüchtigkeit beträchtlichen Wohlstand erworben. Von der Natur alles andere als begünstigt, haben sie dieser Natur über Jahrhunderte ihren Lebensraum abgetrotzt. Der Kleinstaat betreibt weltweit erfolgreich Handel und ist global vernetzt wie wenige Nationen. Das Land ist neutral und hat den letzten Weltkrieg unversehrt überstanden.

Weil die Zeiten gut und bequem sind, steht die Landesverteidigung zuhinterst auf der politischen Agenda. Man vertraut auf Befestigungsanlagen, die man für Angriffe von Bodentruppen als höchst wirksam erklärt. Die Armee ist klein und schlecht ausgerüstet. Die Erneuerung der Luftwaffe wird sträflich vernachlässigt. Denn diese kostet Geld.

Als ein paar einsichtige Geister die Kampfflugzeug-Flotte modernisieren wollen, ist es schon zu spät. Denn innert weniger Jahre haben sich die Wolken der Bedrohung über diesem kleinen Land massiv verdunkelt.

Dies ist die Geschichte von Holland. Dies ist die Geschichte des Königreichs der Niederlande. Viel zu lange vertraut das Land viel zu stark auf seine Neutralität. Doch der Westfeldzug der Nazis beginnt mit dem Angriff auf das neutrale Holland. Am Morgen des 10. Mai 1940 dringen Flugzeuge der deutschen Luftwaffe in den niederländischen Luftraum ein. Sie täuschen einen Überflug in Richtung England vor, kehren aber über der Nordsee um und greifen die Hauptstadt Den Haag an. Die holländischen Flugzeuge werden grösstenteils am Boden demoliert.

Während deutsche und niederländische Diplomaten verhandeln, will das Dritte Reich die Kapitulation Hollands gewaltsam erzwingen. Am 14. Mai 1940 bombardiert die deutsche Luftwaffe das völlig wehrlose Rotterdam. Die gesamte Altstadt wird zerstört, und viele Menschenleben werden ausgelöscht. Kein einziges Kampfflugzeug stellt sich den fünfzig Bombern entgegen. Es folgen Knechtschaft, Morde, Massendeportationen.

Wir Menschen können die Menschen nicht neu erfinden. Gewalt und Krieg wird es immer geben. Die kleine, neutrale, wohlhabende Schweiz muss sich vorsehen. Und unserem Land und unserem Luftraum Sorge tragen. Ob man aus der Geschichte etwas lernen kann, bleibt umstritten. Dass gewisse Leute aus der Geschichte nichts lernen wollen, ist eine Tatsache.

RÜCKBLICK ZUR SONDERSESSION

Ohne Lex Koller gäbe es grössere Immobilienprobleme

Im Jahr 2007 hatte sich der Bundesrat für eine Aufhebung der Lex Koller ausgesprochen, weil er sich davon wichtige volkswirtschaftliche Impulse versprach. Um negative Auswirkungen im Ferienwohnungsbau zu vermeiden, sah er gleichzeitig flankierende raumplanerische Massnahmen vor. 2008 wies das Parlament die Aufhebungsvorlage zur Überarbeitung an den Bundesrat zurück.

Hans Egloff
Nationalrat SVP
Aesch ZH

Seither hat sich die Situation stark verändert. Im Vordergrund steht nicht nur die Zweitwohnungsproblematik. Als Folge der Finanzkrise von 2008 ist das Interesse an (sicheren) Investitionen stark gestiegen. Der Bundesrat ging davon aus, dass nach einer Aufhebung der Lex Koller viel ausländisches Kapital in Schweizer Immobilien fliessen würde. Zudem führe die Zuwanderung von ausländischen Staatsangehörigen in die Schweiz dazu, dass die Nachfrage nach Grundstücken in den letzten Jahren stark zugenommen habe. Der Bundesrat teilt die Auffassung des Parlaments, dass die Lex Koller die Nachfrage auf dem schweizerischen Immobilienmarkt dämpft und damit negative volkswirtschaftliche Folgen verhindert. Entsprechend dem Auftrag und nun Beschluss des Parlaments in der Mai-Sondersession des Nationalrats wird auf die Aufhebung dieses Gesetzes verzichtet. Der Bundesrat wird aber die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse weiterhin genau verfolgen und allenfalls notwendige Änderungen der Lex Koller prüfen.

Keine weiteren Verschärfungen

Die Lex Koller ist auch aus Sicht der SVP ein taugliches Instrument zur Steuerung des Marktes von Liegenschaften, wie unser Aargauer Fraktionskollege Hans Killer im Rat darlegte. Insbesondere in den Zentren und Grossagglomerationen wirke die Lex Koller dämpfend. Nationalrat Killer sagte aber auch: «Der Bereich der Zweitwohnungen trat stark in den Hintergrund. Die Regelungen der Lex Koller sind nicht das Gelbe vom Ei, aber sie sind ein taugliches Mittel zur Marktregulierung gegenüber ausländischen Interessenten im Wohnungsbereich. Zwar schränken sie flächendeckend und ohne regionale Differenzierung ein, sie wirken aber auch in den sogenannten Hotspots, zum Beispiel Zürichsee oder Arc Lémanique. Sie beruhigen die Wohnbauszene zweifellos.» Die Abschaffung einer solchen Spezialregulierung sollte laut Killer nur in einer normalen oder rückläufigen Immobilienmarktsituation erwogen werden. Die Lex Koller habe auch aus Sicht der SVP weiterhin ihre Berechtigung, «denn es gibt im Moment nichts Sinnvolleres, womit eine Einschränkung des Verkaufs von Wohnliegenschaften an Ausländer gleichwertig erreicht werden könnte».

Risiko besser verteilen

Darum sei es sinnvoll, die bestehenden Einschränkungen in Kraft zu lassen. Aber ebenso klar wird die SVP-Fraktion allfällige künftige Verschärfungen oder Ausdehnungen auf diesem Gebiet ablehnen. Grundstücke mit Betriebsstätten, Immobilienfonds und Immobilien-Aktiengesellschaften vollständig der Lex Koller zu unterstellen, wäre jedenfalls kontraproduktiv. Solche Einschränkungen träfen auch nach Erkenntnissen des Schweizerischen Hauseigentümer-Verbandes (HEV) primär den Büro- und Gewerbeimmobilienbereich, auf dem gar kein Nachfrageüberhang besteht. Schweizer Anleger sind zudem froh, wenn sie im Ausland in Betriebsstätten investieren und damit ihr Risiko besser verteilen können. Der Anteil von Anlagefonds und Aktiengesellschaften an Schweizer Wohnliegenschaften ist zudem nach wie vor tief.

Gegen notorische Schwarzfahrer

Am 4. September 2013 verlautete aus dem Bundeshaus: «Bundesrat verabschiedet Botschaft zur Teilnahme der Schweiz am europäischen Strassentransportmarkt. (...) Zudem werden Strafbestimmungen im Strassentransport an das EU-Recht angeglichen. (...) Für Verstösse wird ein elektronisches Register eingeführt. (...) So wird eine explizite Rechtsgrundlage für ein Register von Reisenden ohne gültigen Fahrausweis geschaffen.»

Nach der Behandlung dieser Vorlage durch den Nationalrat in der Mai-Sondersession war dann klar, was mit der EU-Rechtsübernahme in der Schweiz ändern wird: Wer im Zug oder Bus ohne Billett erwischt wird, soll künftig in einem zentralen Register erfasst sein. Damit würden Wiederholungstäter einfacher erkannt und entsprechend härter bestraft. Bus-, Bahn- und andere Transportunternehmen haben zwar schon die Möglichkeit, von notorischen Schwarzfahrern höhere Zuschläge zu verlangen. Neu wird den Transportunternehmen künftig erlaubt, Daten über Schwarzfahrer auszutauschen und ein zentrales Schwarzfahrer-Register zu führen.

Umstrittene Werbung für Konsumkredite

Mit einer parlamentarischen Initiative wurde ein Werbeverbot für Kleinkredite im Bundesgesetz über den Konsumkredit gefordert, um der drohenden Überschuldung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen Einhalt zu gebieten. Eine Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) des Nationalrates beantragte den Gesetzesentwurf des Bundesrates zur Annahme.

Die von der SVP angeführte Minderheit erachtete die Vorlage als nicht zielführend und beantragte, gar nicht darauf einzutreten. Dies lehnte die Ratsmehrheit ab. Anstelle eines vollumfänglichen Werbeverbots für Konsumkredite wollte die WAK nur aggressive Werbeformen verbieten und mit Bussen bis zu 100 000 Franken sanktionieren.

In Absprache mit Vertretern der betroffenen Wirtschaftszweige soll die Definition der aggressiven Werbung der Branche zur Selbstregulierung überlassen werden. Schliesslich enthält der Gesetzestext strengere Auflagen bei der Kreditfähigkeitsprüfung.

RÜCKTRITT AUS DEM NATIONALRAT

Politische Prioritätensetzung von Christoph Blocher

Nationalrat Christoph Blocher hat am vergangenen Freitag per 31. Mai seinen Rücktritt aus dem Nationalrat bekannt gegeben. Er wird seine ganze Kraft in die Verhinderung eines EU-Beitritts stecken. Er bleibt Vizepräsident der SVP Schweiz. Nachrückender auf der Zürcher SVP-Liste ist der Unternehmer und Quästor der Kantonalpartei, Thomas Matter.

In seinem Schreiben an die Fraktion begründet Christoph Blocher seinen Rücktritt aus dem Nationalrat wie folgt:

Nach reiflicher Überlegung und wie mit Nationalrat Toni Brunner und Alt-Nationalrat Walter Frey bereits im Dezember des vergangenen Jahres eingehend erörtert und vorbesprochen, werde ich meine politische Tätigkeit in Zukunft auf die für unser Land wesentlichsten Fragen konzentrieren.

Die zentralen Werte unseres Landes, welche die Freiheit, Wohlfahrt und Sicherheit der Bevölkerung garantieren, sind durch die derzeitige Politik in Bern in ausserordentlichem Masse bedroht: Verwaltung, Bundesrat, die Mehrheit des Parlaments und neuerdings auch das Bundesgericht sind daran, die Unabhängigkeit der Schweiz zugunsten der EU preiszugeben. Dem gilt mit Entschiedenheit entgegenzutreten, insbesondere bei folgenden konkreten künftigen Vorhaben:

1. Die Hauptgefährdung der Schweiz besteht in der geplanten institutionellen Anbindung der Schweiz an die EU mit automatischer – neuerdings «dynamisch» genannter – Übernahme fremden Rechtes durch die Schweiz und mit der Unterstellung unter den Europäischen Gerichtshof. *Damit würde sich die Schweiz sukzessive in die Europäische Union und den europäischen Binnenmarkt eingliedern. Bei diesem Vorhaben geht es um den EU-Beitritt, ohne dass man dies dem Stimmbürger offenlegt. Ich muss deshalb meine politische Arbeitskraft auf die Verhinderung des EU-Beitritts konzentrieren, unter anderem als Präsident des im Aufbau befindlichen «Komitees gegen den schleichenden EU-Beitritt» (EU-No/UE-Non).*

2. Es gilt, dem am 9. Februar 2014 beschlossenen Bundesverfassungsartikel über die Begrenzung der Zuwanderung unbedingt Nachachtung zu verschaffen. *Die jetzigen politischen Signale sind nicht sehr ermutigend, dass der Bundesverfassungsartikel pflichtgemäss umgesetzt wird. Man versucht – einmal mehr – den Souverän, d. h. die betroffenen Bürger und den Rechtsstaat, zu umgehen. Als vorsorgliche Massnahme gilt es sich auf eine allfällige erneute Volksabstimmung vorzubereiten. Ich werde mich dem ebenfalls mit grosser Dringlichkeit widmen – umso mehr, als dies in engem Zusammenhang mit der Frage der institutionellen Bindung steht.*

Um meine Zeit auf diese zwei wichtigsten Projekte zu konzentrieren, ist es notwendig, alles Zweitrangige beiseite zu legen. Darunter fällt für mich derzeit die parlamentarische Arbeit. Die Effizienz des Parlamentsbetriebes hat sich – in Folge einer beispiellosen Verbürokratisierung desselben – stark vermindert und der Zeitbedarf enorm erhöht, so dass heute dem Parlament fast nur noch Berufsparlamentarier angehören. Deshalb lege ich mein Nationalratsmandat auf den 31. Mai 2014 nieder.

Christoph Blocher

NEIN-KOMITEE NIMMT STELLUNG

Nein zur Mogelpackung über die medizinische Grundversorgung

Keine Barfussmedizin für die hochentwickelte Schweiz – Unser Hausarztprinzip darf nicht geschmälert werden! Dies sind die Forderungen des Nein-Komitees «Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung». Zudem fordert dieses die Schweizer Medien auf, das Schweigen zu brechen und die Vorlage endlich zum Thema zu machen.

ZB. Mit dem vorliegenden Gegenentwurf des Bundesrates zur Hausarztinitiative wird die verantwortungsvolle Tätigkeit des Hausarztes geschwächt, wenn nicht gar abgeschafft. Das entspricht nicht dem Anliegen der 200 000 Stimmbürger, die mit ihrer Unterschrift sichern wollten, dass es in der Schweiz auch in Zukunft genügend Hausärzte gibt. Warum?

- Mit den geplanten Versorgungsmodellen würde unser hochentwickeltes Gesundheitswesen heruntergefahren und der Hausarzt soll in seiner bisherigen Form und Funktion abgeschafft werden.
- Im Rahmen der geplanten Grundversorgung würde der Patient von einem interdisziplinären Team, dem auch nichtmedizinische Berufsgruppen angehören, versorgt; die freie Arztwahl und ein direkter Zugang zum Hausarzt wären nicht mehr gewährleistet. Die Folge wären falsche Diagnosestellungen, ungenaue Abklärungen und verschleppte Diagnosen in den Arztpraxen und in den Spitälern. Dies treibt zudem die Gesundheitskosten in die Höhe.
- Der Gegenentwurf für eine medizinische Grundversorgung ist ein entscheidender Schritt zur Verstaatlichung des Gesundheitswesens. Dass der Bund die Höhe des Gehalts in der Hausarztmedizin staatlich verordnen will, ist ein Dammbruch und bedeutet einen eklatanten Bruch mit unserer Wirtschaftsordnung. Die Entschädigung für einen einzelnen Beruf zu regeln, ist in einem liberalen Staat eine unglaubliche Fehlentwicklung.
- Dieser Verfassungsartikel ist die Grundlage für die Umsetzung von Bundesrat Bersets Strategiepapier «Gesundheit 2020», bei dem es sich um die Einführung einer Barfussmedizin nach OECD- und WHO-Konzepten handelt, die schon vor Jahrzehnten für Entwicklungsländer entwickelt worden waren.
- Die Ablehnung des Gegenentwurfs ist so wichtig, weil er Wegbereiter ist für eine ganze Reihe höchst problematischer Gesetzesvorlagen: Das Medizinalberufegesetz, das Gesundheitsberufegesetz, das Elektronische Patientendossiergesetz sowie Einrichtungen, die auf utilitaristischer Basis über Nutzen und Behandlung von Menschen entscheiden werden.
- All diese geplanten Gesetze stehen dem föderalistisch geregelten Gesundheitswesen diametral entgegen und würden zu mehr Zentralismus und Machtkonzentration führen. Das BAG hätte dann den direkten Durchgriff auf jede Arztpraxis und auf die Ethik und die Menschenwürde.

Hinsichtlich unserer unbestritten hervorragenden medizinischen Versorgung ist dieser Verfassungsartikel ein heller Wahnsinn.

Nein-Komitee zum Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung (Auszug):

alt Nationalrat Dr. med. Dominique Baettig; alt Nationalrat Alexander Baumann; Nationalrat Toni Bortoluzzi; Nationalrat Roland Rino Büchel; Nationalrat Sebastian Frehner; Nationalrätin Andrea Geissbühler; Nationalrätin Verena Herzog; Toni Niederberger, Unternehmer; Nationalrat Guy Parmelin; Nationalrätin Nadja Pieren; Nationalrat Lukas Reimann; Nationalrat Jean-François Rime; alt Nationalrat Ulrich Schlüer, Chefredaktor Schweizerzeit; Nationalrat Pirmin Schwander; Nationalrat Hansruedi Wandfluh.

AUS DEM KANTONSRAT

Eine Lanze brechen für die Laienrichter

Anlässlich der Kantonsratssitzung vom vergangenen Montag hat eine Koalition aus CVP, FDP, GLP, GP, SP und AL mit 87 von 180 Stimmen eine Parlamentarische Initiative (PI) zwecks Abschaffung der Laienrichter vorläufig unterstützt.

Hans-Peter Amrein
Kantonsrat SVP
Küsnacht

Die Initiantinnen begründen ihren Antrag damit, dass nur ein Bezirksrichter oder -ersatz mit juristischem Studium den Anwälten auf gleicher Augenhöhe gegenüberstehen könne. Dazu ist diese Initiative untauglich: Würde für einen Richter ein juristisches Studium verlangt, dann verlangte man von ihm dasselbe wie für einen Auditor, also einen Praktikanten, welcher neu am Gericht anfängt. Auch dieser ist am Anfang nicht in der Lage, selbständig eine Funktion wahrzunehmen, und zwar noch nicht einmal als Gerichtsschreiber, geschweige denn als Richter. Ein Auditor muss zuerst während Monaten ausgebildet werden, bevor er später einmal als Gerichtssekre-tär eingesetzt werden kann. Und wenn nun von einem Richter verlangt würde, er müsse nur ein juris-tisches Studium haben, so müsste auch diese Person während Monaten eingearbeitet werden, genau so wie dies heute mit den Laienrichtern schon der Fall ist.

Bevormundung der Wähler

Wollte man wirklich aus fachlichen Überlegungen nur Leute, welche schon von Anfang an als Einzelrichter und auf Augenhöhe mit Rechtsanwälten wirken können, so müssten eine jahrelange Tätigkeit als Gerichtssekretär, eine jahrelange erfolgreiche Tätigkeit als Ersatzrichter sowie ein Zürcher Anwaltspatent vorausgesetzt werden.

So wie dies beispielsweise in den Bezirken Dietikon, Meilen, Winterthur und Zürich der Fall ist. Die politischen Parteien und die Stimmbürger in diesen Bezirken wollen das so, das haben auch die jüngsten Richterwahlen gezeigt. Laien hatten dort keine Chancen. Aber in anderen Bezirken – und das ist der Grund wieso man gegen diese PI sein muss – ist das anders. Da wollen die Wähler nach wie vor Laien. Diese werden von den Parteien vorgeschlagen und auch sehr gut gewählt.

Mit der Initiative sollten dem Bürger die freie Wahl genommen und die Wähler in den Bezirken bevormundet werden. Das ist aus demokratischer Sicht höchst bedenklich!

Reichlich widersprüchlich, ja geradezu bizarr erscheint es, wenn Parteien diese PI unterstützen, gleichzeitig aber nach wie vor in den Landbezirken Laienrichter aufstellen, welche dann auch sehr gut gewählt werden. Es stünde diesen Parteien frei, auch ohne solche Vorschriften, nur noch Juristen aufzustellen. Oder brauchen diese Parteien solche Verbote, um sich gegen ihre eigenen Wähler durchzusetzen? Wie müssen sich Richter vorkommen, wenn sie einerseits von den Parteien der Initianten aufgestellt wurden, gleichzeitig aber von den gleichen Parteien und ihren Parlamentsvertretern zu hören bekommen, dass man solche Leute wie sie eigentlich gar nicht will?

Expertenkaste wird mächtiger

Kern der Initiative scheint zu sein, die freie Wahl der Bürger einzuschränken, diese weiter zu entmündigen und bei den Richterwahlen der Politik das Heft aus der Hand nehmen. Das ist nicht aus der Luft gegriffene Panikmache, wurde das Ganze ja schon bei den Staatsanwälten entsprechend durchexerziert. Auch dort fing es damit an, dass man Wählbarkeitsvoraussetzungen mit der Begründung schuf, man wolle das fachliche Niveau heben. Herausgekommen ist etwas völlig anderes: man hat den Zugang erheblich erschwert und die Kandidaten für das Amt eines Staatsanwaltes müssen sich nun unter anderem einem sogenannten Assessment, also einen Fähigkeitstest, unterwerfen.

Wenn Banken dies für ihre Kader so handhaben, dann ist es deren Sache – die Resultate einer solchen Auswahl und Personalpolitik sind ja hinlänglich bekannt. Und wer findet, bei einer Bank arbeiteten nur noch Komische, der kann die Bank wechseln. Mit der Justiz geht das aber nicht so. Bei gewählten Volksvertretern, etwa Kantons- oder Regierungsräten, geht es ja auch nicht an, dass Kandidaten zuerst durch eine halbesoterische camera obscura geschleust werden, bei der man nicht weiss, wer dort Einsitz hat, wer die Bevorzugten aus dem Kreis der Kandidaten nach welchen Kriterien ausgewählt hat, nach welchen Richtlinien die Auswählenden arbeiten und wer diese Richtlinien festgelegt hat.

Mit Demokratie hat das jedenfalls überhaupt nichts mehr zu tun, sondern es wird vielmehr einer demokratisch nicht legitimierten, undurchsichtigen Expertenkaste die Macht erteilt, letztlich zu entscheiden, wer ein bestimmtes Amt ausüben darf und wer nicht. Das Volk – aber auch die Politik und die politischen Parteien – werden so sanft und unmerklich entmachtet.

In gewissen hohen Gerichtskreisen – so wird mir zugetragen – wird schon seit Jahren postuliert, dass ein sogenanntes Fachgremium die Vorselektion von Richtern vornehmen soll, nach Kriterien, welche diese selbsternannten Experten festlegen. Das tumbe Volk soll und darf dann, als demokratisches Feigenblatt, diese Kür noch absegnen.

Die SVP-Fraktion wendet sich gegen diese schleichende Entmachtung der Bürger und gegen die Entdemokratisierung der Richter-Wahlen.

Margrit Haller neu im Kantonsrat

Nach dem Rücktritt von Roger Bartholdi tritt die gelernte dipl. Pflegefachfrau Margrit Haller die Nachfolge für den Wahlkreis Zürich 3 + 9 an. Die SVP wünscht ihr einen guten Start in das neue Amt. Roger Bartholdi bleibt weiter Gemeinderat für die SVP-Stadtratsfraktion und wurde in der Stadt Zürich kürzlich auf den «Bock» gewählt.

Margrit Haller

Roger Bartholdi

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK:

Der Kantonsrat hat am Montag ...

- 😐 ... das Präsidium und die Geschäftsleitung für das Amtsjahr 2014/2015 gewählt. Neue «höchste Zürcherin» ist Brigitta Johner (FDP, Urdorf), Vizepräsidentin ist Theres Weber (SVP, Uetikon am See).
- ☹ ... eine Parlamentarische Initiative (PI) vorläufig unterstützt, welche verlangt, dass Bezirksrichterinnen und Bezirksrichter künftig ein juristisches Studium mitbringen müssen.
- ☺ ... eine PI vorläufig unterstützt, welche die Schaffung von gleich langen Fristen von Rekurs- und Beschwerdeverfahren zum Ziel hat.

12. Mai 2014

DIE SVP-FRAKTION DANKT

Zum Ende des Amtsjahres von Bruno Walliser

Der Tradition folgend – und die SVP ist ja bekanntlich eine sehr traditionsbewusste Partei – darf ich heute als Fraktionspräsident dem scheidenden Ratspräsidenten Bruno Walliser im Namen der SVP, aber sicher auch in Ihrem allen Namen ein ganz herzliches Dankeschön aussprechen.

Lieber Bruno, du hast es gut gemacht im vergangenen Amtsjahr, sehr gut sogar. Du hast den Rat hier in Zürich straff geführt und den Mitgliedern der Geschäftsleitung eindrucksvoll und überzeugend vor Augen geführt, dass sich der Nabel des Kantons Zürich in Volketswil befindet. Darum lässt nun wohl auch Verkehrsministerin Leuthard in der Region die Pannenstreifen auf Spuren ausbauen, damit man von Zürich 4-spurig schnell in die Metropole Volketswil gelangt. Allerdings haben wir am letzten Donnerstag auch zur Kenntnis nehmen müssen, dass in der vermeintlichen Metropole Volketswil im neuen Gemeindehaus punkt 7 Uhr abends der Laden runter- und das Licht ausgeht … mit anderen Worten: Um 7 Uhr ist fertig gearbeitet. **Fazit:** Wir bleiben in Zürich!

Spass beiseite, du hattest ein gerüttelt Mass an Arbeit zu bewältigen in deinem Präsidialjahr. Nebst dem für das Präsidium doch recht anspruchsvollen Budget hattest du es noch mit den ZKB-Geschäften und vor allem mit dem Richtplan zu tun. Letzterer sowie das Budget haben uns vor Augen geführt, dass die Mehrheitsverhältnisse hier im Rathaus äussert fein justiert sein können und keineswegs mehr so klar sind wie einst. Dieses Faktum ist denn wohl auch der Grund dafür, dass es dir im Gegensatz zu deinem Vorgänger vergönnt war, gleich 4 Stichentscheide zu fällen; Du hast selbstverständlich – eben ganz SVP – alle 4 Fragen richtig entschieden. Ich weiss, das ist natürlich relativ und wird wohl in zwei Jahren, so es wieder zu Stichentscheiden kommt, anders empfunden von der bürgerlichen Ratsseite. Du hast ausgewogen, entschieden und stringent durch die Ratsgeschäfte geführt, Gleichbehandlung war dir zu recht ein hohes Gebot. Du warst wenig gestresst und falls es einmal der Fall war, betraf es praktisch immer Wahlgeschäfte; ein Schicksal, das du mit Vorgängern und Nachfolgerinnen teilst.

SVP-Kantonsrätin Theres Weber ist neu 1. Vizepräsidentin des Kantonsrates.

Fraktionspräsident Jürg Trachsel übergibt dem scheidenden Kantonsratspräsidenten Bruno Walliser (rechts) ein Präsent der Fraktion.

Lieber Bruno: «Schornsteinfeger bring mir Glück», heisst ein altbekanntes Lied.

Als Gewerbler und Kaminfegermeister hast du dem Rat Glück gebracht: Politisch haben wir die Traktandenliste abgebaut und als Ratspräsident durftest du etlichen Ratsmitgliedern Plüschlöwen für privates Glück überreichen.

Wir heissen dich nach getaner Arbeit wieder in unseren Reihen willkommen und freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit mit dir!

Im Namen der SVP-Fraktion,
Jürg Trachsel,
Fraktionspräsident

Inserat

SVP BEZIRK DIETIKON

Der Chef der Armee besucht das Limmattal

KKdt André Blattmann, Chef der Armee, referierte am 3. Mai 2014 in Dietikon, kurz vor der Volksabstimmung über die Beschaffung des Gripen E. Mit den drei Hauptthemen «Risiken und Bedrohung», «Weiterentwicklung der Armee» und der «Gripen-Beschaffung» legte er die aktuelle Situation dar.

Jürg Bosch, SVP Urdorf

Nationalrat Hans Egloff begrüsst die Gäste im reformierten Kirchgemeindehaus in Dietikon und stellt das themenreiche Programm vor. Der Urdorfer SVP-Präsident Markus Binder eröffnet die Vortragsreihe. Er stellt eindrücklich die strategische Bedeutung des Limmattals dar. Ausgrabungen weisen auf das Leben von Menschen aus der Bronzezeit (1500–1300 v. Chr.) hin. Auch die Römer und die Einwohner des Mittelalters machten sich den Wasserweg und die wertvollen Verbindungen zu Nutze. Im Jahr 1799 verschanzten sich Napoleons Truppen an der Limmat und sahen sich den Streitkräften der Österreicher und Russen gegenüber.

Die Referenten des gelungenen Anlass: Grenadier Offizier Fabio Bosch, der Chef der Armee André Blattmann und der Urdorfer SVP Präsident Markus Binder (von links).

reichen militärischen Erfahrungen, aber auch persönliche Erlebnisse mit seinesgleichen und mit den militärischen Instruktoren, haben ihn und seine Kameraden zu Höchstleistungen angespornt.

Der 22-jährige Bosch absolvierte seine Ausbildung in Isone TI und ist über die Motivation und den Durchhaltewillen der Soldaten sowie die Fachkompetenz des Ausbildungskaders begeistert. Der Zusammenhalt und das Vertrauen unter den Wehrmännern, um die anspruchsvollen Aufgaben zu bewältigen, haben ihn beeindruckt. Schwere Packungen, wenig Schlaf und ein Minimum an Verpflegung machten die Ausbildung in vielen Fällen zur Tortur. Treffend zitierte er eine Möglichkeit, die gesteckten Leistungsziele zu erreichen: «Gring achä u voll seklä» (von Anita Weyermann, Mittel- und Langstreckenläuferin).

Vom Wert der Sicherheit

Der Chef der Armee, André Blattmann, nimmt es vorweg: Der Gripen ist die beste Wahl für die Schweiz. Punktet er doch mit innovativer Sensor- und Radartechnik, Flugleistungen und optimalem Preis-Leistungsverhältnis. Ein Kampfflugzeug also, welches sich die Armee leisten kann und leisten muss.

Im Zeitraffer zeigt der CdA den territorialen Wandel in Europa während der letzten 1000 Jahre. «Und wie geht's weiter?» Wir wissen es nicht! Doch die Geschichte sollte uns lehren, wachsam zu sein, denn die Interessen und vor allem das Handeln umliegender Staaten lassen sich nur bedinget voraussehen.

André Blattmann spricht zum Thema «Wert der Sicherheit – Auf dem Weg zu mehr Ehrlichkeit». Dabei beleuchtet er 10 Krisenherde und schildert eindrücklich die besorgniserregenden Ereignisse in der nur 1000 km entfernten Ukraine. Wer hätte noch vor einem Jahr diesen lokalen Konflikt vorausgesehen und geahnt, dass die Eroberung der Krim durch russische Truppen und die Besetzung strategisch wichtiger Gebäude in der Ostukraine internationale Spannungen und Sanktionen nach sich ziehen? «Wir wissen nicht, was die Zukunft bringt», titelt Blattmann. Die Bedrohungen sind mannigfaltig, wie beispielsweise der Ressourcenbedarf der wachsenden Weltbevölkerung, die daraus entstehenden territorialen Ansprüche, die Notwendigkeit von Transversalen und Verbindungswegen, sowie die unterschiedlichen ethischen und religiösen Weltanschauungen. Jüngst führten eben diese Bedrohungen von anhaltenden wirtschaftlichen Auseinandersetzungen bis zu bewaffneten Konflikten und Kriegen.

Sicherheit kostete schon immer Geld

Eindrücklich war auch der Rückblick in die 1930er Jahre, als der damalige Bundesrat Rudolf Minger die Beschaffung von 25 Messerschmidt Kampfflugzeugen gegen den Willen der geschlossenen Opposition der Linken durchsetzte. Erst mit diesen Mitteln, und nach dem Abschuss deutscher Überflieger durch Schweizerisches Hoheitsgebiet, gelang es den Eidgenossen, die Verletzung des Schweizerischen Luftraumes durch die deutsche Luftwaffe zu unterbinden. Auch damals kostete die Sicherheit Geld; genau so wie heute!

Grenadier-Offizier Fabio Bosch referiert über die Leistungsbereitschaft junger Wehrmänner. Die umfang-

Wachsam und wehrhaft bleiben

Und was tut die Schweiz? Sie spart die Armee an den Rand der Funktionsuntauglichkeit und reduziert den Personalbestand auf 100 000 Köpfe! Dies entspricht der Platzzahl in einem grossen Fussballstadion. Das Schweizer Fernsehen vergleicht die Schweizer Armee mit kleineren europäi-sche Armeen, stellt dieselben als Vorbild und als Mass der Dinge dar (Ungarn, Tschechien, Österreich). Dabei wurde ausser Acht gelassen, oder absichtlich verschwiegen, dass Österreich als Folge des 2. Weltkrieges bis 1955 eine Armee generell verboten wurde. Bis ins Jahr 1990 haben die Siegermächte den Österreichern auch die Beschaffung von Lenkwaffen verboten. Bei derart einseitigen Darstellungen hat Ueli Maurer zu recht in einem Fernsehinterview energisch interveniert und bei der tendenziösen Berichterstattung des Schweizer Fernsehens von einer «journalistisch schwachen Leistung» gesprochen». «… die Welt ist ein Pulverfass, in der das Rauchen nicht verboten ist» (von Friedrich Dürrenmatt). Bleiben wir wachsam und wehrhaft und lassen wir keine Abschaffung der Armee auf Raten zu.

Eine wirksame Landesverteidigung bringt Sicherheit und Wohlstand, nach dem deutlichen JA zur Wehrpflicht muss ein deutliches JA zur Beschaffung der Gripen Kampfflugzeuge folgen.

Am 18. Mai 2014 wird das Schweizer Volk über die Beschaffung der 22 Gripen E Kampfflugzeuge abstimmen. Der Ausgang der Wahl hat grossen Einfluss auf die glaubwürdige Sicherheitspolitik der Schweizerischen Eidgenossenschaft und damit auf die Stabilität unseres Landes. Der Auftrag der Schweizer Luftwaffe beinhaltet unter anderem als Hauptaufgabe die Sicherung des Schweizer Luftraumes. Damit der Gripen im Jahr 2018 auch tatsächlich in der Schweiz fliegen kann, bedarf es der Zustimmung des Schweizer Volkes zum Gripen-Fonds-Gesetz.

SVP UETIKON AM SEE

Rosen für alle

ZB. Am vergangenen Samstag verteilten die Kandidierenden der SVP Uetikon allen Kundinnen und Kunden des Volg Uetikon schöne Schweizer Rosen. In einer Woche sind Behördenwahlen im Bezirk Meilen und die Kandidierenden der SVP Uetikon am See werden am 17. Mai von 9–12 Uhr vor dem Volg Uetikon den Unentschlossenen noch einmal Red und Antwort stehen. Sei es für Auskünfte über ihre Person oder zu den kantonalen oder eidgenössischen Abstimmungen. Nach dem Motto: jede Stimme zählt, möchte die SVP alle bis zum letzten Tag anhalten, ihre Stimmunterlagen auszufüllen und einzureichen.

Von links: Felix Weber (Schulpfleger und -präsident), Susanne Huber-Friz (Sozialkommission), Christian Hurter (RPK), Hansruedi Bosshard (Sozialkommission) und Markus Hafner (Gemeinderat).

MEDIENMITTEILUNG ZUM RÜCKTRITT DER BILDUNGSDIREKTORIN

Regine Aeppli hinterlässt einen bildungspolitischen Scherbenhaufen

Die SVP hat wiederholt den Rücktritt der Zürcher Bildungsdirektorin Regine Aeppli (SP) gefordert. Diese Woche nun hat sie diesen längst überfälligen Schritt angekündigt, was die SVP begrüsst. Regine Aeppli hinterlässt in der Universität und in der Volksschule einen bildungspolitischen Scherbenhaufen.

Die SVP ist erleichtert, dass die Bildungsexperimente im Kanton Zürich mit dem Rücktritt Aeppli bald ein Ende haben. Die Volksabstimmung über die Grundstufe zeigt auf, dass das Volk die Nase voll hat von bürokratischen Experimenten. Die zürcherische Volksschule ist das Fundament des Bildungswesens. Das einzige Ziel der Bildung ist, Schülerinnen und Schüler auf einen erfolgreichen Berufseinstieg vorzubereiten. Auch dieses Ziel hat Frau Aeppli mit ihrer sozialromantischen, überteuerten und verbürokratisierten Bildungspolitik klar verfehlt. Nach Universitätsrektor Andreas Fischer zieht auch Regine Aeppli mit ihrem Rücktritt die Konsequenzen aus der durch ihr Verhalten massiv verschärften grössten Krise der Universität Zürich. Ihr mutmasslicher Amtsmissbrauch und ihre Kompetenzüberschreitung bei der Entlassung von Prof. Christoph Mörgeli bedürfen dennoch einer schonungslosen Untersuchung ihrer Machenschaften. In diese Untersuchung einzubeziehen ist auch ihr Hochschulamtschef Sebastian Brändli (ebenfalls SP). Bereits heute steht fest: Regine Aeppli hat die Öffentlichkeit in die Irre geführt und Rektor Fischer persönlich den «Abschussbefehl» gegen Christoph Mörgeli erteilt. Ihr Hochschulamtschef und Universitätsratssekretär Sebastian Brändli hat die Zeitung «Sonntag» über Mörgelis Entlassung informiert, bevor noch der Rektor den formellen Entscheid dazu gefällt hat.

Die von Regierungsrätin Aeppli und dem von ihr präsidierten Universitätsrat angestrengte Pseudoreform der Universitätsleitung durch die Privatfirma Infras von Barbara Haering taugt nichts. Die Subkommission der Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit (ABG) dürfte ihre Ergebnisse erst in einigen Monaten präsentieren. Gefordert ist jetzt eine sofortige Untersuchung durch die kantonsrätliche GPK, um in der Bildungsdirektion wieder rechtmässige Zustände herzustellen. Unabdingbare Voraussetzung dazu ist nach dem Rücktritt von Regine Aeppli auch die minutiöse Untersuchung der skandalösen Machenschaften von Hochschulamtschef Sebastian Brändli.

LESERBRIEFE

Braucht die Schweiz wirklich ein neues Kampfflugzeug?

Die sympathische Chantal Galladé ist auf allen Medienkanälen präsent und sie stellt wichtige Fragen zur Beschaffung des Gripen. Doch vor diesen Fragen stellt sie klar, dass sie selbstverständlich für eine glaubwürdige Landesverteidigung eintrete. Da lehnt sie sich ziemlich weit aus dem Fenster und ehrlich gesagt, ich kaufe ihr das nicht ab.

Ganz einfach darum, weil ein wichtiger Programmpunkt ihrer Partei lautet (Zitat): «Die SP setzt sich für die Abschaffung der Armee ein». Sie fragt sich zum Beispiel, ob der Gripen das richtige Kampfflugzeug für unser Land sei – und sie hat dank ihrer enormen Sachkenntnis natürlich die richtige Antwort. Ist er nicht. Sie fragt sich auch, ob eine Ersatzbeschaffung der hoffnungslos veralteten Tiger zum jetzigen Zeitpunkt nötig sei? Ist sie nicht, wir haben ja einige FA-18. Und sie fragt sich, ob man mit dem vielen Geld nicht Sinnvolleres tun könnte? Ja, das könnte man, denn schliesslich handle es sich um zehn Milliarden, die man auch für Bildung oder Soziales verwenden könnte. Ja, so kann man auch rechnen.

Dann kostet uns Frau Galladé, falls sie zwanzig Jahre um Nationalrat bliebe, etwa drei Millionen Franken – was man völlig wertfrei und in der Logik der SP als Spitzensalär oder gar als Abzocke bezeichnen könnte. Nun, der Gripen kostet uns pro Jahr hundert Millionen aus dem ordentlichen Militärbudget oder 1,5 Promille der Staatsausgaben. Bei einem Nein haben wir wegen der Überalterung der FA-18 in zirka zehn Jahren keine Luftwaffe mehr. Aber eigentlich sind wir ja gar nicht bedroht, weil ja der Weltfrieden ausgebrochen ist. Darum sprechen wir im Ukraine-Konflikt ja auch nur von einer Krise und nicht von einem Krieg, denn Krieg ist pfui. Der Cyber-War, die Informationskriegsführung, der militärische Angriff, die Besetzung mit Bodentruppen und schliesslich das illegale Referendum – alles typische Merkmale eines modernen Krieges, aber den gibt's ja nicht mehr. Würden wir auch von einer Krise sprechen, wenn Frankreich mit Genf dasselbe täte? Eine Armee ist ein komplexes Instrument, das nur als Ganzes funktioniert. Ohne Luftwaffe werden sich im Konfliktfall keine Bodentruppen bewegen, auch nicht zu einer vielleicht vorsorglichen Mobilisierung. Folgerichtig brauchen wir ohne Luftwaffe auch keine Militärfahrzeuge mehr (der öffentliche Verkehr tut's vielleicht auch), und schwere Waffen wie Panzer und Artillerie können ohne Luftschirm schon gar nicht operieren. «Die SP setzt sich für die Abschaffung der Armee ein».

Und nur um diese eine Frage geht es: Will die Schweiz weiterhin eine funktionstüchtige eigene Armee? Viele Mitbürger werden mit Nein stimmen, weil sie keinen Sinn in diesem «teuren Spielzeug» sehen. Haben sie alle dann auch sämtliche Versicherungspolicen schon gekündigt? Wohl kaum, denn individuelle Sicherheit kann ja nicht hoch genug eingeschätzt werden. Dumm nur, dass individuelle Sicherheit darauf beruht, dass kollektive Sicherheit vorhanden ist. Darum ein klares JA zur Armee, ein klares JA zum Gripen!

Hans-Peter Kasper, Kloten

SPIEGELFECHTEREI DES BUNDESRATES

Offensichtliche Strategie zur Aushebelung der Masseneinwanderungsinitiative

Die Medienkonferenz von Bundespräsident Burkhalter nach der Bundesratssitzung war entwaffnend. Den Kern der präsidialen Ausführungen bildeten nicht etwa die Beschlüsse des Bundesrates über die Zuwanderung aus Kroatien, sondern das gleichentags erteilte Placet der ständigen Vertreter der EU-Mitgliedstaaten in Brüssel zu einem Verhandlungsmandat für die sogenannten «institutionellen Fragen». Ein Rahmenabkommen mit Brüssel sei «der Schlüssel» für die künftigen Beziehungen der Schweiz zur EU, betonte Burkhalter gleich mehrfach. Klar ist nun ebenfalls, dass ein solches Abkommen für den Bundesrat auch der Schlüssel für die Umgehung des Volksentscheids vom 9. Februar 2014 ist.

Martin Baltisser
Generalsekretär
SVP Schweiz

Bislang wurden die Verhandlungen über eine weitere institutionelle Anbindung der Schweiz mit dem Argument verkauft, eine Harmonisierung der Rechtssetzung und der Rechtsauslegung sei nötig für den künftigen Zugang der Schweiz zum EU-Binnenmarkt. Immer mehr wird nun klar, dass ein solches Abkommen auch dazu dienen soll, den Volksentscheid vom 9. Februar zur Masseneinwanderungsinitiative rückgängig zu machen.

Wenn sich die Schweiz zur Übernahme des EU-Rechts und dessen Auslegung durch den Europäischen Gerichtshof in allen für den Binnenmarktzugang relevanten Bereichen verpflichtet, was dem Verhandlungsmandat des Bundesrates vom 18. Dezember 2013 entspricht, bedeutet das auch ein umfassendes Bekenntnis zur Personenfreizügigkeit, als eine der vier Grundfreiheiten des EU-Binnenmarktes (freier Warenverkehr, freier Dienstleistungsverkehr, freier Kapitalverkehr, freier Personenverkehr). Dies, obwohl die Schweiz nicht Mitglied des EU-Binnenmarktes ist.

Kommt ein solches Abkommen zustande und stimmt ihm das Volk in einer absehbaren Referendumsabstimmung zu, hebelt es als völkerrechtlicher Vertrag auch die seit dem 9. Februar 2014 geltende Verfassungsbestimmung zur Steuerung der Zuwanderung aus. Genau dies ist die Strategie des Bundesrates. Die angelaufene innenpolitische Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative verkommt damit ebenso zum Nebenschauplatz wie das aktuelle Geplänkel über den Zugang zu den EU-Bildungs- und Forschungsprogrammen. Zu Verhandlungen mit Brüssel über eine Anpassung des Freizügigkeitsabkommens als Folge der angenommenen Volksinitiative wird es nach dem Wunschszenario des Bundesrates nicht einmal mehr kommen, da ein Rahmenabkommen vorher unter Dach und Fach sein sollte.

Spiegelfechterei

Und so wurde die aufmerksame Öffentlichkeit letzte Woche Zeuge einer bis ins letzte Detail inszenierten Spiegelfechterei. Der Bundesrat winkte zwei von Brüssel bestellte Erklärungen durch und kommunizierte diese bereits kurz nach Sitzungsbeginn per Communiqué. Darauf wiederum warteten die EU-Botschafter in Brüssel, damit diese ihrerseits grünes Licht für das Verhandlungsmandat mit der Schweiz zu den institutionellen Fragen geben konnten. Ein Verhandlungsmandat, dessen Inhalt dem Mandat des Bundesrates für die Schweiz entsprechen dürfte. Darauf hatten sich die beiden Chefunterhändler der Schweiz und der EU, Rossier und O'Sullivan, bereits im vergangenen Jahr verständigt. Die Beschlüsse des Bundesrates von letzter Woche sind dabei von untergeordneter Bedeutung.

Die Erklärung des Bundesrates «betreffend die Nicht-Diskriminierung von kroatischen Bürgern und Bürgerinnen» entspricht einer materiellen Umsetzung der mit Kroatien vereinbarten Kernelemente zur Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf dieses Land. Da in der Übergangszeit begrenzte Kontingente vorgesehen waren, ist formell nichts gegen dieses Vorgehen einzuwenden. Dass der Bundesrat auch den «Erweiterungsbeitrag» von 45 Millionen überweisen will, erhält im aktuellen Kontext den Beigeschmack einer Reparationszahlung. Dieser Vorgang ist Sinnbild für die Befindlichkeit der Landesregierung nach dem 9. Februar.

Nichts ohne Personenfreizügigkeit

Was erhält die Schweiz für dieses Entgegenkommen an Kroatien? Kurzfristig gar nichts. Die EU sei nun bereit, wieder über eine vollständige Assoziierung der Schweiz an die EU-Bildungs-, Forschungs- und Kulturprogramme zu verhandeln. Dem Vernehmen nach macht die EU jedoch den Abschluss entsprechender Verhandlungen und damit eine langfristige Lösung wiederum von einem Bekenntnis der Schweiz zur Personenfreizügigkeit abhängig. Die Katze beisst sich in den Schwanz.

Auch die zweite Erklärung des Bundesrates «betreffend die erworbenen Rechte der Bürgerinnen und Bürger aus EU- oder EFTA-Ländern, die in der Schweiz leben oder arbeiten» macht auf den ersten Blick mehr oder weniger ratlos. Darin wird auf einen Artikel im Freizügigkeitsabkommen verwiesen, der für Personen, die unter dieser Regelung in die Schweiz gekommen sind, den rechtlichen Besitzstand garantiert. Zusammen mit der einleitenden Erklärung des Bundesrates, dass das Freizügigkeitsabkommen «bis auf Weiteres» in seiner heutigen Fassung in Kraft bleibt, kommt das einer Einladung an möglichst viele EU-Bürger gleich, unter diesem Regime noch in die Schweiz zu kommen und hier zu bleiben.

Die Auslegung dieses Punktes wäre allenfalls in späteren Verhandlungen mit der EU noch eine Trumpfkarte gewesen. Sie wurde letzte Woche verworfen, weil die EU dies so gefordert hat.

Bei Philippi sehen wir uns wieder

Und so kulminiert nun alles im besagten Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU. Ein solches könnte schneller vorliegen, als derzeit angenommen. Schliesslich wurde der Inhalt in einem längeren Prozess zwischen Bern und Brüssel bereits im vergangenen Jahr umrissen. Mit der Zustimmung von Volk und Ständen zur Masseneinwanderungsinitiative am 9. Februar dieses Jahres bekommt dieses Abkommen nun eine weitere taktische Note. Es soll dazu dienen, den aus Sicht des Bundesrates falschen Volksentscheid zu heilen.

Dazu passt die eingeschlagene Kommunikationsstrategie, die Folgen des 9. Februar in den schwärzesten Farben auszumalen und jedes negative Ereignis im Land darauf zurückzuführen. Das Ziel: Möglichst viele Personen, die der Initiative zugestimmt haben, sollen sich ein schlechtes Gewissen machen. Das Volk soll jedoch mit dem Rahmenabkommen die Möglichkeit erhalten, seinen Fehlentscheid zu korrigieren.

Und so wird es bei einer allfälligen Abstimmung über eine institutionelle Anbindung um sehr viel gehen: Soll die Schweiz zwingend EU-Recht in zentralen Rechtsbereichen übernehmen, also die Rechtsentwicklung aus der Hand geben und an EU-Gremien übertragen? Soll die Schweiz die Rechtsauslegung dem Europäischen Gerichtshof überlassen, also fremde Richter akzeptieren? Und schliesslich: Soll die Schweiz zur Personenfreizügigkeit zurückkehren und damit auch in Zukunft auf eine Steuerung der Zuwanderung verzichten?

Es wird bei dieser Abstimmung also letztlich um nicht mehr und nicht weniger als um die Unabhängigkeit und Selbstbestimmung gehen. Und auch hier war Bundespräsident Burkhalter letzte Woche entwaffnend offen. Er begründete das Vorgehen des Bundesrates auf die Frage eines Journalisten mit dem Auftrag, den er aus dem Zweckartikel der Bundesverfassung ableite. Er erwähnte dabei zwar die Wohlfahrt und die Sicherheit des Landes, vergass aber die Freiheit und die Unabhängigkeit, welche in Artikel 2 der Bundesverfassung auf gleicher Stufe stehen. Auch das spricht Bände.

Jetzt anmelden

Einladung geht an:
Mandatsträger und an alle interessierten Mitglieder

SCHWEIZER QUALITÄT Sichere Zukunft in Freiheit
SVP Die Partei des Mittelstandes

Stoppt den Staat, denn er ist zu teuer
2. Programmtagung für das Parteiprogramm 2015–2019

Datum: Samstag, 17. Mai 2014, Rössli Illnau, Kempttalstrasse 52, Illnau
Türöffnung: 8.00 Uhr mit Kaffee und Gipfeli
Beginn: 8.30 Uhr
Ende: 12.00 Uhr

Programm: **Begrüssung** durch *Nationalrat Alfred Heer, Parteipräsident*
Die SVP und der Staat – eine Auslegeordnung
Nationalrat Christoph Mörgeli, Präsident Programmkommission
Gruppenarbeiten:
A: **Steuern, Abgaben und Gebühren: Ungebremste Abzocke**
Hans Heinrich Raths, Kantonsrat, Präsident kantonsrätliche Kommission für Wirtschaft und Abgaben
B: **Bildung und Kultur: Immer teurer, aber nicht besser**
Jürg Trachsel, Kantonsrat, Fraktionspräsident
C: **Sozialhilfe und Ergänzungsleitungen: teigende Kosten für die Gemeinden**
Barbara Steinemann, Kantonsrätin, Präsidentin kantonsrätliche Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit

Im Anschluss: Präsentation der Ergebnisse aus den Gruppenarbeiten/Diskussionsrunde

Anmeldung per E-Mail an sekretariat@svp-zuerich.ch oder Tel 044 217 77 66.

LESERBRIEFE

Hausarztmedizin ohne Hausärzte

Über 200000 Schweizer haben die Initiative für eine funktionierende Hausarztmedizin unterschrieben. Der Gegenentwurf ist eine verkappte Managed Care Vorlage, die mit 76 Prozent abgelehnt wurde. Der Bund bekommt Zugriff auf die Daten der Arztpraxen, neu Gesundheitszentren. Die fachlich umfassende medizinische Versorgung durch Fachärzte wird auf eine «ausreichende medizinische Grundversorgung» heruntergefahren. Interprofessionelle «hierarchiefreie Teams» in der «medizinischen Grundversorgung», in denen Ärzte mit anderen Gesundheitsberufen (Pflegenden usw.) unter Aufgabe des bisherigen Berufsverständnisses zusammenarbeiten. So werden Ärzte degradiert und der Zugang zum Arzt soll erschwert werden. Zentralisieren und Machtkonzentration sind Teil der Agenda Berset. Ärztliche Abklärung, Diagnosestellung, Behandlung und Betreuung gehören nur in die Hand von universitär sorgfältig aus- und weitergebildeten Ärzten und haben sich nicht an den «Ansprüchen anderer Berufsgruppen», sondern einzig am Wohl des Patienten zu orientieren. Darum stimme ich Nein zur Mogelpackung.

Sepp Zahner, Kaltbrunn

Gripen, die Vernunftlösung

Alle, welche zu einer eigenen Armee zum Schutz unseres Staates und unserer Bevölkerung ja sagen, wissen auch, dass die Armee ohne Luftwaffe diese Aufgabe nicht erfüllen kann. Wie früher üblich, so auch bei der heutigen Ersatzbeschaffung wird von der Behauptung «der Gripen genügt nicht» bis zum Aufschrei «der Gripen sei viel zu teuer» fachmännisch neurotisch und besserwisserisch bis zur Verschleierung der eigenen Haltung als Armeeabschaffungsmeinung alles behauptet.

Der Bundesrat hätte auch den Raffael oder den Eurofighter vorschlagen können. Die Neurotiker hätten sich dagegen gewehrt, eine zu teure und zu luxuriöse Lösung zu beschaffen und die Armeegegner hätten wohl ihre eigene Meinung etwas klarer zum Ausdruck geben können. Gerade der Tagesanzeiger entblösst sich mit seiner Pseudobevorzugung des Eurofighters und mit seinem EU-Bekenntnis klar in seiner opportunistischen Armeediffamierung. Wie heisst die Wahrheit doch schon wieder? Jedes Land hat eine Armee, wenn keine eigene, wird es eine fremde sein!

Mit dem Gripen erhält unsere Armee eine sehr massgeschneiderte und zweckerfüllende Lösung für die Ablösung der Tiger. Zusammen mit dem aufgerüsteten FA 18 wird damit unsere Armee über weitere Jahrzehnte die Aufgaben für unser Land im Luftpolizeidienst wahrnehmen können und für eine allfällige Bedrohungsabwehr über ein sehr taugliches Mittel verfügen.

Lassen wir uns nicht beeindrucken und stimmen wir der Anschaffung des Gripen mit Überzeugung zu.

Willy Haderer, Oberst a D,
Kantonsrat Unterengstringen

LESERBRIEF

NEIN zur Volksinitiative «Keine Werbung für Alkohol auf Sportplätzen»

Die Kantonale Volksinitiative «Keine Werbung für Alkohol auf Sportplätzen sowie an Sportveranstaltungen im Kanton Zürich», die am 18. Mai 2014 zur Abstimmung kommt, ist auch für viele Sportvereine im Kanton Zürich eine existentielle Bedrohung. Sie muss deshalb abgelehnt werden. Weshalb?

Die Initiative zielt auf Sportvereine und Sportveranstalter und damit exakt auf jene Institutionen, die für die Jugendarbeit, Integration, Erziehung und Suchtprävention von unschätzbarem Wert sind. Vereinssport ist die beste Möglichkeit, die es gibt, Jugendliche vom Alkoholkonsum fern zu halten. Im Kanton Zürich haben dank dem Breitensport über 90000 Kinder und Jugendliche eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung, sind gut betreut und hängen in dieser Zeit nicht irgendwo gelangweilt herum. Keine anderen Institutionen tragen deshalb Tag für Tag auch nur annähernd so viel zur Volksgesundheit bei, wie die Sportvereine.

Doch das kostet auch Geld. Die Mitgliederbeiträge reichen dazu nicht aus. Vielmehr sind die Vereine darauf angewiesen, zur Finanzierung der Jugendarbeit zusätzliche Einnahmen aus der Durchführung von Sportanlässen und Sponsoring zu generieren. Turniere, Turnfeste, Meetings, Vereinsmeisterschaften und viele andere Sportanlässe können jedoch nur dank einer substanziellen logistischen Unterstützung, etwa durch Zelte, Kühlwagen, Theken, Tische, Bänke und Sonnenschirme von Unternehmen aus der Getränkeindustrie durchgeführt werden. Zudem stammt bei vielen Sportvereinen rund ein Drittel der Einnahmen aus Werbung und Sponsoring von lokalen Gewerbetreibenden und Getränkehändlern. Bei einer Annahme der Initiative sind all diese logistischen und finanziellen Unterstützungen ernsthaft in Frage gestellt, was ironischerweise gerade die Jugendarbeit in den Vereinen gefährdet.

Wir Sportvereine sind uns der gesellschaftlichen Verantwortung insbesondere im Bereich der Suchtprävention seit jeher bewusst. Deshalb unterstützen wir die Präventions-Kampagne «cool&clean» von Swiss Olympic, in welcher es um weit mehr als nur den Alkoholkonsum geht. Diese Kampagne wird in unserem Kanton durch professionelle «cool&clean-Beauftragte» begleitet. Zudem bietet die geltende Gesetzgebung bereits genügenden Schutz für Jugendliche, es muss höchstens der Vollzug verbessert werden – vor allem ausserhalb der Sportplätze.

Ein Alkoholwerbeverbot, welches ausschliesslich auf den Sport abzielt und zudem nur den Kanton Zürich als einzigen Kanton in der Schweiz betrifft, ist deshalb nicht nur wenig wirksam, sondern im Gegenteil kontraproduktiv! Die ehrenamtlich geführten Sportvereine und wir Sportlerinnen und Sportler leben die Eigenverantwortung – deshalb braucht es keine solch drastischen Verbote.

Aus diesen Gründen lehnen ich und viele Sportler diese Initiative ab. Wir bitten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im Kanton Zürich, dies ebenfalls zu tun. Besten Dank.

Werner Wunderli,
Präsident Männerturnverein,
Meilen

Fadegrad

von
Nina Fehr Düsel

Ein Grümpelturnier ohne Sponsoren?

Die eidgenössischen und kantonalen Abstimmungen sind in wenigen Tagen. Die SVP hat ihre Parolen meist einstimmig gefasst. So die Nein-Parole zur kantonalen Volksinitiative «Werbeverbot für Alkohol auf Sportplätzen». Ebenso das Ja zur Initiative «Pädophile sollen nicht mit Kindern arbeiten dürfen». Schliesslich lehnt der Kantonalvorstand den Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung deutlich ab.
Die weltfremde Initiative «Alkoholwerbeverbot auf Sportplätzen sowie an Sportveranstaltungen» gefährdet den Vereinssport und damit meines Ermessens die beste und günstigste Suchtprävention. Denn sportliche Betätigungen verschaffen dem Menschen körperliches und geistiges Wohlbefinden und erhalten seine Leistungsbereitschaft und Gesundheit und bieten nicht zuletzt eine sinnvolle Freizeitgestaltung. Die SVP unterstützt spitzensportliche Aktivitäten ebenso wie den Breiten-, Schul- und Behindertensport und ganz besonders die ehrenamtliche Tätigkeit in Sportvereinen.
Auch der Zürcher Kantonsrat und Regierungsrat sprach sich gegen ein umfassendes Alkohol-Werbeverbot auf Sportplätzen aus und erachtete den Vorstoss als unverhältnismässig. Denn das Verbot würde auch Spirituosen wie Bier umfassend treffen. Solche Marken-Hersteller treten gerade bei Vereinsanlässen gerne als Sponsor auf. Besonders «Grümpelturniere», Tennisturniere und dergleichen sind oft auf diese Getränkesponsoren angewiesen.
Während die Linken über die mangelnde Integration ausländischer Jugendlicher jammern, setzen sich zahlreiche SVP-Anhänger als Trainer im Einzel- und Mannschaftssport genau dafür aktiv ein. In den Vereinen und Verbänden lernen Junge schon frühzeitig, Verantwortung und Führungsfunktionen zu übernehmen und finden oft eine sinnvolle, gesunde und integrative Freizeitbeschäftigung.
Diese gilt es zu fördern und nicht mit unsinnigen Vorlagen zu behindern. Die Rahmenbedingungen für Sportvereine sind grundsätzlich durch unbürokratische, kostengünstige Nutzungsmöglichkeiten öffentlicher Infrastrukturen zu verbessern.
Die bestehenden Vorschriften im kantonalen Gesundheitsgesetz sind ausreichend. Bereits heute ist auf Distanz wahrnehmbare Werbung für Alkohol, Nikotin und andere Suchtmittel auf öffentlichem Grund verboten, was auch zu begrüssen ist. Tausende lokale und regionale Sportanlässe wären jedoch mit diesem noch engeren Verbot gefährdet, da nur dank kostenlosen Unterstützungsleistungen von Sponsoren, z. B. Kühlschränke, Sonnenschirme und Stände, solche Anlässe überhaupt finanziert werden können. Dies haben die Initianten wohl übersehen.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Die selektive Kunstwahrnehmung der Roten

Die SVP-Vertreter Daniel Regli und Roland Scheck haben im Gemeinderat ein Postulat eingereicht, um die Vorbereitungsarbeiten für das 100-Jahr-Jubiläum der Dada-Bewegung im Jahr 2016 zu sistieren.

Roberto Bertozzi
Gemeinderat SVP
Zürich 11

Daniel Regli begründet das Postulat im Rat folgendermassen: Die Stadt Zürich hat bereits ca. 4 Millionen Franken für die Neubelebung des Dadaismus investiert. Die Folgen davon sind 10 Jahre Flops, Skandale, flüchtende Sponsoren, finanzielle Engpässe und Entmachtung von Leitungspersonen im Cabaret Voltaire. Zum finanziellen Desaster gesellt sich nun auch ein kulturpolitisches Fiasko. Weder der historische Dadaismus noch das seit 2003 von der Stadt Zürich forcierte Dada-Revival taugen für eine «Popularisierung auf höchstem Niveau».

Dada 1916 war anarchistisch, wirr, konfus, unsinnig, absurd, abstrus, lächerlich, befremdlich, widersprüchlich. Es war radikale und verächtliche Kritik an allem und jedem. Der Pazifismus als primärer Beweggrund ist eine nachträgliche, gutmenschliche Projektion. Als die Neo-Dadaisten nach der Wiedereröffnung des Cabaret Voltaire 2004 mit echt radikalen, anarchistischen, respektlosen Dada-Projekten an die Öffentlichkeit traten, wurden sie von der städtischen Kulturabteilung schnell ausgebremst, denunziert, korrigiert und schliesslich entmachtet. Von einer Bereitschaft, den wahren Dadaismus zur Geltung zu bringen, ist der Stadtrat also weit entfernt. Was abgefeiert werden soll, ist nichts anderes als ein revidierter, zahnloser Neo-Dada.

Nun spannt man die grossen Zürcher Kulturinstitutionen ein (Kunsthaus, Schauspielhaus, Tonhalle, Opernhaus, Landesmuseum), um den Pseudo-Dada im Rahmen der Festspiele 2016 für teures Geld auf höchstem Niveau abzufeiern. Deshalb fordert Daniel Regli, dass, angesichts der angespannten Finanzlage der Stadt Zürich, sich der Stadtrat endgültig vom überteuerten Dada-Projekt distanziert.

Präsidiale Einseitigkeit

Stadtpräsidentin Corinne Mauch, SP, weibelt hingegen tatkräftig für das 100-Jahr-Jubiläum der Dada-Bewegung, da sie darin die Gelegenheit sieht, Zürich als Ursprungs- und Entstehungsort einer weltweit wirkungsvollen Kunstströmung zu profilieren, die im Ausland Interesse erregt.

Sie empfiehlt die Ablehnung des Postulates. Die Mehrheit des Gemeinderats schliesst sich ihrer Meinung an und lehnt das Postulat ab. Lediglich die SVP unterstützt es.

Und wie sah es im Jahr 2001 mit der Ehrung zum 200. Todestag von Johann Caspar Lavater, dem weltweit bekanntesten Zürcher, aus? War der damalige Stadpräsident Josef Estermann, SP, auch ein Verfechter der freien Kunst? Weit gefehlt! In Estermanns Eröffnungsrede vor grossem Publikum anlässlich der Lavaters-Ausstellung im Kunsthaus Zürich «Das Antlitz – eine Obsession», sprach er von «verhängnisvollen Folgen», die das Wirken Lavater gehabt haben sollen. Estermann wollte damit unterstellen, dass Lavater (1741–1801) mitverantwortlich für die Gräueltaten im Dritten Reich sei.

Johann Caspar Lavater, am 15. November 1741 in Zürich geboren, war ein reformierter Pfarrer, Philosoph und Schriftsteller aus Zürich in der Zeit der Aufklärung. Durch sein Werk «Physiognomische Fragmente» wurde er weltbekannt. Lavater trat in diesem Werk für warmherziges Ein- und Mitfühlen und wollwollendes Verständnis für die Menschen als Individuen ein. Im genannten Werk lesen wir zum Beispiel «Kein Mensch kann einen anderen Menschen entbehrlich machen, kein Mensch kann durch einen anderen ersetzt werden. Der Glaube an die Unentbehrlichkeit, Unersetzbarkeit und Einmaligkeit aller Menschen ist eine der herrlichsten Früchte der Physiognomik, eine Frucht, voll von keimender Toleranz und Menschenliebe. Möchten diese Keime der Toleranz und der Menschenliebe in den kommenden Jahrhunderten zur Entfaltung gelangen.» Diese Aussagen von Lavater stehen im Widerspruch zur Ideologie der Roten.

Bei ihnen wird das Individuum auf dem Altar der Kollektivität geopfert. Grund genug, um Lavater zu diffamieren. Damit beweisen die Roten, wie selektiv ihre Kunstwahrnehmung ist!

EINLADUNG
zur ordentlichen Generalversammlung
von Dienstag, 20. Mai 2014, 20.00 Uhr,
Restaurant Blue Monkey (ehemals Königstuhl),
Stüssihofstatt 3, 8001 Zürich

Traktanden
1. Begrüssung
2. Wahl der Stimmenzähler
3. Abnahme des Protokolls der Generalversammlung 2013
4. Jahresbericht 2013 / Standortbestimmung des Präsidenten
5. Jahresrechnung 2013 / Revisorenbericht / Budget 2014
6. Wahlen: 2 Rechnungsrevisoren, 1 Ersatzrevisor
7. Festsetzung des Mitgliederbeitrags
8. Bericht aus dem Kantonsrat
9. Bericht aus dem Gemeinderat
10. Anträge
11. Verschiedenes

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Als Gast anwesend sein wird
Nationalrat Dr. Albert Rösti, Bern
Als Wahlkampfleiter SVP Deutschschweiz
spricht er zum Thema «Wahlen 2015»

ZÜRICH 11

Zum Rücktritt von Bruno Sidler als Gemeinderat

Bruno Sidler ist kürzlich von allen Parteiämtern ausser demjenigen des Parteisekretärs der Stadt Zürich zurückgetreten. In der Kreispartei 11 hat ihn Kantonsrat Walter Isliker feierlich verabschiedet.

1992 trat Bruno in die SVP der Stadt Zürich ein, gleichzeitig wurde er Mitglied in der Kreispartei Zürich 11. Also seit 22 Jahren ist er Aktivmitglied dieser Partei.

Wenn man das genau von einem normalen Menschenleben berechnet, ist das ca. ein Viertel davon. Bruno hat also die Höhen und Tiefen dieser Partei miterlebt; weniger die Tiefen, denn nach seinem Parteibeitritt ging es mit der ehemaligen BGB steil bergauf.

Zum Beispiel 1992; das Schweizervolk sagte Nein zum EWR-Beitritt, auf die alleinige Empfehlung der SVP hin. Aber wie vorgängig erwähnt, Bruno stülpte sofort seine «Hemdsärmel» hoch und stellte sich den anfallenden Arbeiten. Nach zwei Jahren, 1994, wurde er als Mitglied in die Kreisschulpflege Glatttal gewählt. Sogleich besetzte er einen Sitz in der städtischen Aufsichtskommission für Privatschulen. Auch wurde er Sekretär des Gemeinderates der Stadt Zürich. Ferner wählte man ihn ins Büro, also in die Geschäftsleitung. Ab sofort übernahm er das Sekretariat der SVP-Gemeinderatsfraktion. Etliche dieser Ämter belegte er bis 2004. Nur aus der Schulpflege trat er nach seiner Wahl in den Gemeinderat arbeitsbedingt zurück. Dadurch vergrösserte sich sein Horizont über das Ratsgeschehen und über die Arbeiten in den verschiedenen Kommissionen.

1994 im Frühjahr, anlässlich einer Kreisparteiversammlung im Restaurant «Felsenberg» in Seebach, sassen wir an einem runden Tisch. Mit dabei waren Bruno Sidler, Guido Bausch, Erwin Rüegg und ich. Unser damaliger Präsident, Jürg Futter, fragte uns an, ob wir nicht ein Mandat in der Kreisschulpflege übernehmen möchten?

Bruno sagte sofort zu und nach einer Bedenkzeit willigten Erwin und ich auch ein. So habe ich übrigens Bruno Sidler näher kennen und schätzen gelernt. 1998 war für Bruno ein gutes Jahr, er wurde erfolgreich für den Kreis 11 in den Gemeinderat der Stadt Zürich gewählt. Da ihn die Schule interessierte, wurde er Mitglied in der Kommission, «Präsidial, Schule und Sport». Auch bot man ihm in der GR-Fraktion den Posten als Vize-Fraktionschef an.

Bruno Sidler

1999 kam Bruno auf die Kantonsratsliste und wurde auf Anhieb gewählt. Er blieb beiden Räten treu, dem GR und dem KR. Im Kantonsrat übernahm er auch, wie könnte es anders sein, einsitz in der KBIK, Kommission Bildung und Kultur. Mit der Zeit wurde es Bruno langweilig im Kantonsrat, er stellte dieses Mandat seinem Nachfolger, Hansruedi Bär, zur Verfügung. Bruno meinte dazu; Im Gemeinderat kann man reden wenn man will, im Kantonsrat ist die Hierarchie anders geregelt.

Ab 2001 war Bruno mit seiner ganzen Körperfülle nur noch im Gemeinderat tätig. Sofort erklomm er den «Bock» und wurde zum 2. Vizepräsidenten im Gemeinderat gewählt. Wie es der übliche Lauf ist, 2002 wurde er 1. Vizepräsident und ein Jahr später wurde er höchster Zürcher (Gemeinderatspräsident) für das Amtsjahr 2003/2004.

Er gab alles und bewältigte die ihm übertragenen Aufgaben mit Bravour. Erwähnen möchte ich noch seine Kandidatur für einen Sitz im Stadtrat von Zürich. Leider ging die Wahl verloren und die SVP hatte wieder keinen Sitz im Zürcher Stadtrat.

Nach seinem Präsidialjahr zeigte er sein Interesse an der Geschäftsprüfungskommission. Dort stieg er die Leiter hoch, bis er im Präsidium angelangt war. Im Jahr 2005 gab die Kreisschulpräsidentin Glatttal, Dominik Dubois, aus gesundheitlichen Gründen ihren Rücktritt bekannt. Bruno stieg nochmals in die «Schwingerhosen» und gab alles. Leider verlor er den Schlussgang gegen die FDP-Kandidatin, Frau Vera Lang.

Sein Slogan während diesem Wahlkampf war: «Mit Kopf, Herz und Hand.»

Jetzt nach den vergangenen GR-Wahlen vom Februar 2014 will Bruno Sidler, nur ein wenig, «Leisetreten». Er gab das GR-Mandat ab, gottseidank bleibt er uns aber als Parteisekretär der SVP-Stadtpartei erhalten.

Noch etwas zu seinen politischen Positionen. Für ihn gab es nur ein Einstehen für:
- Hochstehende Volksschule mit leistungsorientiertem Bildungsangebot
- Gesunde Finanzen durch Sparen, statt mehr Steuern und Gebühren
- Gute Rahmenbedingungen schaffen für Wirtschaft und Gewerbe
- Geltendes Recht durchsetzen und mehr Polizeipräsenz
- Staatliche Unterstützung für in Not geratene Menschen
- Gleiche Unterstützung für Individualverkehr und ÖV, ohne Schikanen
- Also ein SVP-ler durch und durch.

Leider blieb er auch von schweren Schicksalsschlägen nicht verschont, seien es verschiedene Krankheiten gewesen, von denen er glücklicherweise wieder genesen ist und der Todesfall von seiner lieben Gattin, Louise, im Jahr 2011.

Bruno für alles, was du für uns Anwesende hier, für unsere Kreispartei, für die SVP-Stadtpartei und für die SVP im Kanton Zürich getan und verarbeitet hast, danken wir dir herzlich.

Im Namen des Vorstandes der SVP-Kreispartei Zürich 11:

Walter Isliker, Vizepräsident

Achtung!

Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.**

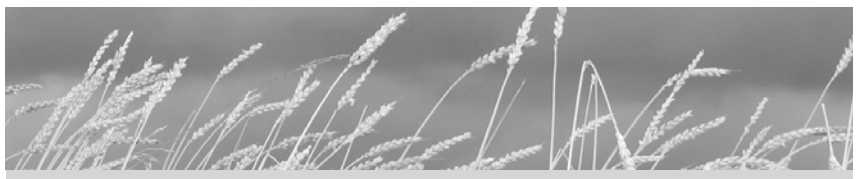
Komme bei Ihnen vorbei.

Tel. 044 822 26 11

Erstvermietung in Ebertswil (10 Min. von Zug entfernt)

Exklusive **3,5-Zimmer-Wohnung** mit Terrasse:
– Mietzins Fr. 2750.– inkl. NK und 2 Tiefgaragen, 1 Disporaum
– Innenausbau, kombiniert mit Holz, Parkett, Platten
– Bad/WC und Dusche/WC
– Küche mit Abstell-/Vorratsraum, eigene WM/T
– Kontrollierte Wohnungslüftung

CSL Partner Architekten, Tel. 041 712 02 22, kohler@csl.ch



Lassen Sie sich vom Wetter nicht um den Lohn Ihrer Arbeit bringen.

Wir unterstützen Sie in Ihrem Risikomanagement mit einer umfassenden Deckung gegen Wetterrisiken.

Zertifiziertes Managementsystem SQS ISO 9001

Postfach, 8021 Zürich
Tel.: 044 257 22 11
Fax: 044 257 22 12
info@hagel.ch
www.hagel.ch

Schweizer Hagel
Suisse Grêle
Assicurazione Grandine
IM DIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Natalie Rickli
Nationalrätin SVP
Winterthur

«Der Schutz der Kinder muss Vorrang haben vor den Anliegen verurteilter Straftäter.»

LESERBRIEFE

Nein zur Mogelpackung «Medizinische Grundversorgung»

Während über den Gripen und die Mindestlohn-Initiative in allen Medien breite Diskussionen stattfinden, wird der geplante Verfassungsartikel über die medizinische Grundversorgung, der am 18. Mai ebenfalls zur Abstimmung kommen wird, weitgehend ausgeblendet. Viele Stimmbürger beklagen sich mit Recht über die mangelhafte Information.

Um das Schweigen der meisten Medien zu brechen, hat sich am 8. Mai an einer Medienkonferenz in Bern ein Nein-Komitee zu Wort gemeldet, bestehend aus einer beträchtlichen Zahl von Nationalräten, Ärzten und weiteren Persönlichkeiten. Sie weisen darauf hin, dass die sogenannte «medizinische Grundversorgung» aus dem Departement Berset nicht dem befürchteten Hausärzte-Mangel entgegensteuern will, sondern ganz andere Ziele verfolgt.

Von der Praxis der Hausarztes, zu dem die Patienten eine persönliche Vertrauensbeziehung aufbauen können, an den sie sich mit ihren Gesundheitsproblemen und anderen Sorgen wenden, ist in der Abstimmungsvorlage nämlich nicht die Rede. Vielmehr bezweckt der sogenannte Gegenentwurf eine Neuauflage des vom Stimmvolk wuchtig verworfenen Managed Care-Modells, ohne dies direkt zu benennen. Wer das Bundesbüechli genau liest, erfährt, dass die «medizinische Grundversorgung weiterentwickelt» werden soll. Es brauche «neue Versorgungsmodelle wie Gemeinschaftspraxen und Gesundheitszentren» und eine «stärkere Vernetzung der Gesundheitsfachpersonen» (Bundesbüechli Seite 7). Aus anderen Ländern, z.B. Schweden oder Norwegen, ist bekannt: Wer sich an ein solches «Gesundheitszentrum» wendet, bekommt oft gar keinen Arzt zu Gesicht, sondern «andere Gesundheitsfachpersonen» wie Pflegefachleute, Physiotherapeuten oder Ernährungsberater (Bundesbüechli, Seite 6) erstellen die Diagnose und verschreiben Medikamente.

Mit dem geplanten Verfassungsartikel würde der Bund zudem tief in die bestens bewährte Zuständigkeit der Kantone für das Gesundheitswesen eingreifen, indem er «einheitliche Anforderungen für die Abschlüsse der Gesundheitsfachpersonen festlegen», «gezielt auf deren Aus- und Weiterbildung Einfluss nehmen» und «einheitliche Regeln für die Berufsausübung erlassen» dürfte (Seite 7). Also Zentralismus pur – da kann der Bundesrat lange beteuern, die Zuständigkeiten von Bund und Kantonen blieben mit dem neuen Verfassungsartikel «im Wesentlichen unverändert» (Seite 7).

Da stellt sich die dringende Frage: Sollen wir Stimmbürger Bundesrat Berset und seinem BAG (Bundesamt für Gesundheit) freie Hand geben für ihre zweifelhaften Experimente aus der Küche von OECD und WTO? Halten wir uns an die (für einmal richtige) Aussage im Bundesbüechli: «Die Schweiz verfügt über ein sehr gutes und leistungsfähiges Gesundheitssystem.» Bleiben wir dabei und sagen wir Nein zum «Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung».

Dr. iur Marianne Wüthrich,
Zürich

Nein zum Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung

Es ist unverständlich, dass die Hausarztinitiative zurückgezogen wurde zugunsten einer Mogelpackung des Bundesrates und des Bundesamtes für Gesundheit (BAG). Mit dem Gegenvorschlag des Bundes wird die bisherige Funktion des Hausarztes und die freie Arztwahl abgeschafft. Unser hochentwickeltes Schweizer Gesundheitswesen wird heruntergefahren.

Mit der Mogelpackung «Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung» wird der Zugang zum Arzt massiv erschwert. Anstelle des Arztes sollen Pflegemanager, Ernährungsberater oder Fusspfleger die medizinische Grundversorgung sicherstellen, Erstkontakte und Notfalldienst übernehmen, Diagnosen erstellen und eigenständig behandeln.

Diese laut BAG «ausreichende Grundversorgung» zeigt die Konzepte von OECD/WHO und der EU. Diese wurden für Entwicklungsländer ausgearbeitet und sollen nun in unserem Land umgesetzt werden. Auch können unsere Vorbilder weder das Gesundheitswesen in der USA, in England oder in den skandinavischen Ländern sein. Darum rufen wir dringend auf zu einem NEIN zur Mogelpackung «Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung».

Wir müssen verhindern, dass dieser heimliche Abbau im Gesundheitswesen in der Bundesverfassung verankert wird.

Prof. Dr.med.
David und Daniela Holzmann,
Maur

WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

ZU VERKAUFEN

Kombigebläse Saxer mit Aufbaumotor mit Rohren + Verteiler, Fr. 750.–. **Div. Velos + Töffs.** Tel. 052 318 14 17 abends.

Nähige und frisch gek. **Milchkühe.** Lim. **Mutterkühe** nähig. **Limousin Stier** handzahm. **Jersey BIO Kuh** nähig. Marcel Gantenbein, Tel. 079 567 64 77.

ZU KAUFEN GESUCHT

Kaufe **Autos, Busse, Lieferwagen** etc. Gute Barzahlung, gratis Abholdienst. Tel. 079 613 79 50 auch SA/SO.

IHR INSERAT IM WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? **Inserieren Sie einfach und unkompliziert und erreichen Sie über 10 000 Leserinnen und Leser.** Füllen Sie dazu das Formular unter folgender Internetadresse aus:

www.stutz-druck.ch/wuchemaert

Preise
3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für **nur Fr. 20.–** inkl. MWSt.
6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für **nur Fr. 40.–** inkl. MWSt.

Einsendeschluss
jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Rufen Sie uns bei Fragen bitte an: Telefon 044 783 99 11
Wir können nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag überwiesen wurde. Die Zahlungsangaben finden Sie auf der oben genannten Internetseite. Besten Dank für Ihr Verständnis.

Einladung zur traditionellen

«Jazz-Matinée» 2014
(öffentlich)

Sonntag, 18. Mai

ab 10 Uhr

Es spielen für Sie:

TOGG SEVEN Jazz Band

Festwirtschaft/Eintritt frei

Der Anlass findet in den Treibhäuser auf dem Betriebsareal der **Christian Achermann AG, Rümikerstrasse 37, 8409 Winterthur-Hegi** statt (vis-à-vis Media Markt).

Auf Ihren Besuch freut sich
SVP Stadt und Bezirk Winterthur

SVP

Einladung zum öffentlichen Informationsabend

Bürger fragen – Kantonsräte antworten

Was macht der Kantonsrat gegen die zunehmenden Staus auf den Hauptstrassen? Müssen wir bald wieder mit Steuererhöhungen rechnen? Wann kommt der neue kantonale Richtplan? Wie verlaufen die Arbeiten für die Totalrevision des Gemeindegesetzes?

Zu diesen und anderen Fragen stehen Ihnen die Kantonsräte der SVP Bezirk Meilen Red und Antwort:

- **Theres Weber-Gachnang**
- **Claudio Zanetti**
- **Hans-Peter Amrein**
- **Rolf R. Zimmermann**

Sie, aber auch Ihre Freunde und Bekannten sind sehr herzlich zu diesem Informationsabend eingeladen:

Dienstag, 20. Mai 2014
20.00 Uhr
Reformierter Kirchgemeindesaal
Zentrum Leue, 8708 Männedorf

Anschliessend an die Veranstaltung wird ein Apéro offeriert.

Wir freuen uns auf eine rege Teilnahme.

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 19. Mai 2014, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Affoltern / Aeugst
Jeden 1. Donnerstag im Monat, ab 20.00 Uhr, Restaurant Eichhörnli, Aeugst.

Bezirk Affoltern / Hausen am Albis
Montag, 7. April 2014, 20.00 Uhr, Restaurant Schönegg, Hausen am Albis.

Bezirk Andelfingen / Buch am Irchel
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Sonne, Hauptstrasse 12, Buch am Irchel.

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon / Aesch
Donnerstag, 22. Mai 2014, 20.15 Uhr, Restaurant Landhus, unter der Leitung von Präsident Bruno Thode mit den Referenten: Pierre Dalcher, Bezirkspräsident Dietikon, Diego Bonato, Gemeinderat und Petra Mörgeli, Präsidentin der Primarschulpflege.

Bezirk Dietikon / Birmensdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Sonne, Luzernerstrasse, Birmensdorf.

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht.

Bezirk Uster / Uster
Immer am ersten Samstag im Monat, 11.00 Uhr, Restaurant Post, Poststrasse 4, Uster.

Junge SVP Kanton Zürich
Jeden letzten Freitag im Monat, 20.00 Uhr, Parteihöck im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage: www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Junge SVP Stadt und Bezirk Winterthur
Jeden ersten Freitag im Monat, ab 20.00 Uhr, in der First Choice Bar, Winterthur.

Stadt Winterthur / Seen
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

Stadt Zürich / Kreis 1 und 2
Jeden zweiten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Zürich-Wollishofen.

Stadt Zürich / Kreis 4 und 5
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Holzschopf, Heinrichstrasse 112, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Schwamendingerhuus (Schwamendingerplatz), Zürich-Schwamendingen.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern
Freitag, 27. Juni 2014, Gemeindesaal Kappel, Gedenktag Kappeler-Milchsuppe mit Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz.

Bezirk Affoltern / Hausen am Albis
Montag, 26. Mai 2014, 20.00 Uhr, Schützenhaus, Hausen am Albis, Parteiversammlung.

Bezirk Affoltern / Wettswil am Albis
Mittwoch, 15. Oktober 2014, 20.00 Uhr, im Singsaal des Schulhauses Mettlen, Wettswil am Albis, Podiumsveranstaltung mit Nationalrat Luzi Stamm und Nationalrat Hans Kaufmann.

Bezirk Bülach / Hüntwangen
Mittwoch, 4. Juni 2014, 17.30 Uhr, Treffpunkt Rössli-Tanne (Bushaltestelle, mit Privatautos), Führung durch das Bezirksgericht Bülach durch Bezirksrichter Michael Peterhans, anschliessend Nachtessen (à la carte) im Restaurant Sternen, Nussbaumen. Kosten: Führung gratis, Nachtessen auf eigene Kosten. Anmeldung bis 1. Juni 2014 an peter.merkt@gmx.ch oder info@matthias-hauser.ch

Bezirk Dielsdorf / Rümlang
Samstag, 17. Mai 2014, 10.00 Uhr, Restaurant Sorriso, Glattalstrasse 182, Rümlang, 23. Politstamm. Als Referent nimmt Kantonsrat Martin Haab teil. Thema: Agrarkanton oder Stadt-Staat – wo führt die aktuelle Agrarpolitik hin?

Bezirk Horgen / Wädenswil
Freitag, 16. Mai 2014, 20.00 Uhr (Apéro ab 19.00 Uhr), Landgasthof Halbinsel Au, Generalversammlung. Anschliessend Referat von Thomas Würgler, Kommandant Kantonspolizei Zürich, zum Thema «Sicherheit – Herausforderung der KAPO!»

Bezirk Meilen / Küsnacht
Sonntag, 18. Mai 2014, ab 16.00 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht, Wahltreff.

Bezirk Meilen / Männedorf
Dienstag, 20. Mai 2014, 20.00 Uhr, reformierter Kirchgemeindesaal, Zentrum Leue, Männedorf, öffentlicher Informationsabend. Was macht der Kantonsrat gegen die zunehmenden Staus auf den Hauptstrassen? Müssen wir bald wieder mit Steuererhöhungen rechnen? Wann kommt der neue kantonale Richtplan? Wie verlaufen die Arbeiten für die Totalrevision des Gemeindegesetzes? Zu diesen und anderen Fragen stehen Ihnen die Kantonsräte der SVP Bezirk Meilen Red und Antwort: Theres Weber-Gachnang, Claudio Zanetti, Hans-Peter Amrein und Rolf R. Zimmermann. Anschliessend an die Veranstaltung wird ein Apéro offeriert.

Junge SVP Kanton Zürich
Freitag, 16. Mai 2014, 20.00 Uhr, Gemeindesaal Zollikon, Rotfluhstrasse 96, Zollikon, ordentliche Generalversammlung 2014 mit Referat von Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz.

Stadt Zürich / Kreis 11
Freitag, 23. Mai 2014, 18.00 Uhr (Referat 18.30 Uhr), Voléro-Lounge, Binzmühlestrasse 80, Max Bill-Platz, Zürich-Oerlikon, Polit-Apéro. Gastreferent: Kantonsrat Matthias Hauser, SVP, Hüntwangen. Thema: «Wie kann die Volksschule wieder gesunden?».

Freitag, 22. August 2014, 18.00 Uhr (Referat 18.30 Uhr), Voléro-Lounge, Binzmühlestrasse 80, Max Bill-Platz, Zürich-Oerlikon, Polit-Apéro. Referentin: Nationalrätin Natalie Rickli, SVP, Winterthur. Thema: «News aus Bundesbern».

Freitag, 31. Oktober 2014, 18.00 Uhr (Referat 18.30 Uhr), Voléro-Lounge, Binzmühlestrasse 80, Max Bill-Platz, Zürich-Oerlikon, Polit-Apéro. Referent: Gemeinderat Dr. Daniel Regli, SVP, Zürich, Thema: «Duttweiler und Schloter – von der Kunst des Möglichen».

SVP-FRAUEN

SVP-Frauen Stadt Zürich
Donnerstag, 26. Juni 2014, 19.00 Uhr, Sommerhöck (weitere Angaben folgen).

Montag, 1. September 2014, 19.30 Uhr, Hotel Mercure-Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Donnerstag, 6. November 2014, 19.30 Uhr, Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Zürich, Mitgliederversammlung.

Freitag, 28. November 2014, 19.00 Uhr, Adventsessen (weitere Angaben folgen).

Donnerstag, 29. Januar 2015, 19.00 Uhr, Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Zürich, Generalversammlung.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Freitag, 16. Mai 2014, 19.00 Uhr, Gasthof Hecht, Seeb-Winkel, 72. Generalversammlung der Offiziersgesellschaft Zürcher Unterland (OGZU) mit Kurzansprachen zum Thema «Nationale Sicherheitspolitik» von Nationalrat und Oberstlt Hans Fehr, und zum Thema «Kantonale Sicherheitspolitik» von Kantonsrätin Jacqueline Hofer.

Samstag, 17. Mai 2014, 11.00 Uhr (Türöffnung ab 10.00 Uhr), Stadthalle Olten, Jahresfest der SVP Kanton Solothurn: Mit den Nationalräten Christoph Blocher und Lukas Reimann sowie Weltwoche-Verleger Roger Köppel. Melden Sie sich mit Vorname, Name, Adresse, Telefonnummer, E-Mailadresse per Mail auf info@svp-so.ch an. Für Fragen: Raphael Galliker, Telefon 079 330 40 16.

Dienstag, 27. Mai 2014, 18.00–19.30 Uhr, Pädagogische Hochschule, Europaallee, Zürich, Podiumsdiskussion: Braucht die Schweiz eine Einheitskasse? Gesundheits-Experten im Streitgespräch: Felix Gutzwiller, Ständerat FDP, Jacqueline Fehr, Nationalrätin SP, Felix Huber, Facharzt FMH, Präsident mediX Ärztenetze und Herbert Rebscher, Vorstandsvorsitzender DAK-Gesundheit (D). Moderation: Martin Spieler, unabhängiger Wirtschaftspublizist. Eintritt frei, im Anschluss Apéro.

Dienstag, 27. Mai 2014, 18.00–19.30 Uhr, Auditorium Bâloise, Hilton Basel, Aeschengraben 31, Basel, öffentliche Podiumsveranstaltung «Zukunftswerkstatt Altersvorsorge», Lösungsansätze zur nachhaltigen Finanzierung des Altersvorsorgesystems. Es diskutieren: Jürg Brechbühl, Direktor BSV, Anita Fetz, SP Ständerätin Basel-Stadt, Toni Bortoluzzi, SVP Nationalrat Zürich, Barbara Gutzwiller, Direktorin Arbeitgeberverband Basel und Markus Somm, Chefredaktor Basler Zeitung. Moderation: Felix Rudolf von Rohr, ehemaliger Grossratspräsident Basel-Stadt. Anschliessend Apéro riche.

Gemäldeausstellung
Samstag, 5. April 2014 bis Samstag, 28. Juni 2014, im Gemeindehaus Embrach, Thema: Am Wildbach, Landschafts- und Tier-Aquarelle von Konrad Flückiger, Oberembrach. Vernissage: 5. April, 17.00 Uhr mit Nationalrat Alfred Heer, Zürich. Finissage: 28. Juni, 17.00 Uhr mit Kantonsrat Matthias Hauser, Hüntwangen.

MOTORRAD-CLUB SVP

Ausfahrten
Sonntag, 25. Mai 2014, **1. Ausfahrt:** 5-Seen-Tour.

Sonntag, 22. Juni 2014, **2. Ausfahrt:** Pfrunger Ried DE.

Sonntag, 20. Juli 2014, **3. Ausfahrt:** Vogesen.

Sonntag, 24. August 2014, **4. Ausfahrt:** Tessiner-Rundfahrt.

Sonntag, 21. September 2014, **5. Ausfahrt:** Pässefahrt.

Sonntag, 5. Oktober 2014, **6. Ausfahrt:** Ersatz- oder Zusatztour.

Schlussfest
Freitag, 10. Oktober 2014, Gasthof Löwen, Mönchaltorf.

Sommerreise
Donnerstag, 7. August 2014 bis Sonntag, 10. August 2014: Rhone – Alpen.

Stämme
Donnerstag, 12. Juni 2014, 19.00 Uhr, **2. Stamm,** Schürlibeiz Aspenhof, Thalheim a. d. Thur.

Donnerstag, 10. Juli 2014, 19.00 Uhr, **3. Stamm,** Restaurant Tanne, Dorfstrasse 24, Grafstal.

Dienstag, 29. Juli 2014, 19.00 Uhr, **4. Stamm,** Restaurant Grünwald, Regensdorferstrasse 237, Zürich.

Dienstag, 19. August 2014, 19.00 Uhr, **5. Stamm,** Restaurant Laufenbach, Gmeindrütistrasse 1b, Rüti.

Donnerstag, 4. September 2014, 19.00 Uhr, **6. Stamm,** Restaurant Hirschen, Dorfstrasse 2, Obfelden.

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 2296–3480
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+ 2,5 % Mehrwertsteuer

Redaktion:
Reinhard Wegelin (rw.),
Christoph Bähler (ba.)
Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch
SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf

Inseraten-Annahme:
print-ad kretz gmbh, Fredi Kretz
Tramstrasse 11, Postfach,
8708 Männedorf
Tel. 044 924 20 70, Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Dienstag 17.00 Uhr

Insertionspreise:
www.stutz-druck.ch/content/der-zuercher-bote

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

«JA ZUM SCHUTZ DER PRIVATSPHÄRE»

Kantonaler Sammeltag vom Samstag, 24. Mai 2014

Die SVP führt am Samstag, 24. Mai 2014, im Kanton Zürich einen kantonalen Sammeltag durch. Die Sektionen und Mitglieder der SVP sind aufgefordert, in einem Schlussspurt nochmals Unterschriften für dieses so wichtige Volksbegehren zu sammeln.

Der Schutz der Privatsphäre ist ein Grundpfeiler unserer Freiheit. Das Bankkundengeheimnis zum Schutz der Privatsphäre muss in der Schweiz erhalten bleiben.

Weitere Informationen unter **www.privatsphaere-schuetzen.ch**

Plakate, Kurzargumentarien und Initiativbogen erhalten Sie auf dem SVP-Sekretariat, Tel. 044 217 77 66 oder **sekretariat@svp-zuerich.ch**

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!